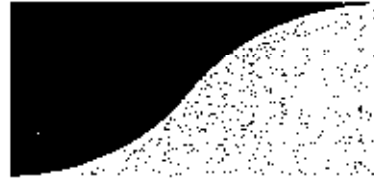


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 03
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 ppbr d



Inhalt

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Bischof Albrecht Schönherr's Wirken für Entspannung und Ausgleich. Seite 1/2

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, mahnt zur Rückkehr zur Vernunft in der Berliner Hausbesetzer-Problematik. Seite 3/4

Peter Conradi MdB, Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Deutschen Bundestag, beklagt die Entfremdung des Parlaments von den Bürgern. Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, gratuliert dem Parl. Staatssekretär Erhard Mahne zum 50. Geburtstag. Seite 6

Dokumentation: Erklärung der Sozialistischen Internationale zur Abrüstung. Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 312-1

36. Jahrgang / 185

29. September 1981

...den Christen in der DDR Freiräume erwirkt

Zum Ausscheiden Bischof Albrecht Schönherr's am
30. September 1981

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Am 30. September scheidet der Bischof des östlichen Sprengels der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Albrecht Schönherr, aus seinem Amt. Gleichzeitig legt er den Vorsitz des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR nieder. Damit geht ein ereignisreiches Kapitel Kirchenpolitik in der DDR zu Ende. Dieser Vorgang erscheint mir wichtig genug, um auch in der Bundesrepublik gewürdigt zu werden. Ohne die kirchliche Seite gering veranschlagen zu wollen, sind doch die zwölf Jahre des Vorsitzes von Bischof Schönherr auch ein Ausschnitt gesamtdeutscher Verbundenheit mit Nachwirkungen gewesen.

Ich bin Bischof Schönherr persönlich begegnet und kann mir ein eigenes Urteil über einen Mann bilden, der einen anderen Weg gegangen ist als viele andere seiner Generation, die im westlichen Teil Deutschlands den Neuanfang nach 1945 in Angriff nahmen. Albrecht Schönherr hat die Perspektivlosigkeit des Anti-Kommunismus von Anfang an gesehen und stattdessen in der bewußt gesuchten geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus die Voraussetzungen für einen Kurs mit abstecken helfen, den man heute mit einem nicht unberechtigten Ausdruck der Genugtuung "Kirche im Sozialismus" nennt.

Die Evangelische Kirche in der DDR hat mehrheitlich bewiesen, daß die Überwindung des "Anti-Kommunismus" durch den Aufbau eines Dialogs in kritischer Loyalität mit dem kommunistischen Staat mehr Handlungsspielraum im Inneren geschaffen hat, als Einigeln in dogmatische Unbeweglichkeit. Ich fürchte, daß wir in dieser Anstrengung bei uns in der Bundesrepublik wenig Vergleichbares zur Seite stellen können - mit Ausnahme vielleicht der Politik der Bemühung um Entspannung und des Ausgleichs mit dem Osten. Dies war

unser Beitrag in der Auseinandersetzung mit den kommunistisch regierten Ländern östlich der Elbe.

Ich betrachte es rückblickend als einen einmaligen Glücksfall, daß Bischof Schönherr im gleichen Jahr den Vorsitz des DDR-Kirchenbundes übernahm, als wir in Bonn den politischen Wechsel mit der Regierungsübernahme im Jahre 1969 einleiteten.

Ich glaube, daß der heutige selbstbewußte kirchenpolitische Kurs der DDR-Kirchen die gewonnenen Handlungsspielräume in der Ostpolitik widerspiegelt. Dieser Kurs ist so konsequent und auch transparent verfolgt worden, daß man darin fast schon einen Reformvorgang in der politischen Kultur der DDR erkennen kann. Wenn man heute beobachtet, wie die "Staatsjugend" in der DDR zur "Kirchenjugend" strömt, aber nicht umgekehrt, dann ist daran ablesbar, welche Freiräume die Christen dort erwirkt haben. Und Bischof Schönherr hatte maßgeblichen Anteil an diesem Aufbruch.

Wir zweifeln nicht daran, daß sein Nachfolger, Bischof Werner Krusche, diesen Weg ausbauen wird. Wir in der Bundesrepublik sind auch aus politischer Sicht sehr daran interessiert, weil darin eine der ganz wenigen zukunftssträchtigen Darstellungsformen gesamtdeutscher Gemeinsamkeit zum Ausdruck kommt, ohne daß damit die Grundlage der Gleichberechtigung für die beiden deutschen Staaten, wie wir es 1972 in Artikel 1 des Grundlagenvertrages formuliert haben, ausgehöhlt wären.

Bischof Schönherr und seine gleichgesinnten Amtsbrüder haben als Theologen Politik gemacht, ohne daß die politische Führung der DDR darüber dauerhaft mißtrauisch geworden ist. Was dies für den zukünftigen Kontakt zwischen den beiden Staaten im getrennten Deutschland bedeuten kann, wird sich in der Friedensfrage erweisen. Die Kirche hat es in der DDR verstanden, die Friedenssehnsucht der dortigen Bevölkerung als Auftrag für die Gestaltung des innerdeutschen Entspannungsprozesses zu artikulieren. Wir sehen darin einen sehr wichtigen Ansatz, unsererseits das Interesse an einem Gedankenaustausch in dieser Richtung zu bekunden. Wer näher hinsieht wird feststellen können, daß in den Kirchen sowohl der DDR als auch der Bundesrepublik ein Stück selbständiges Lebens- und Sicherheitsinteresse der Deutschen im Entstehen begriffen ist, das systemübergreifend wirkt.

Vielleicht charakterisiert nichts besser die Entschlossenheit und den Scharfblick Bischof Schönherrs und seiner Mitarbeiter, als jener Besuch 1979 in Bonn, in dessen Rahmen er persönlich die Beunruhigung über den Fortgang des Wettrüstens vortrug. Die Kirche in der DDR hat ein Stück dazu beigetragen, die Bedrohungsängste der anderen Seite der Mauer zu übermitteln und das Vorhandensein ähnlicher Ängste im Westen zurückzuvermitteln. Die Politiker sind am Zuge, den Entspannungskurs weiterzuführen auf der Grundlage einer Sicherheitspolitik, die die eigene Sicherheit als die jeweilige Sicherheit auch der anderen versteht. Daran sei erinnert, wenn der DDR-Kirchenbund in diesen Tagen den Stafettenwechsel vollzieht.

(-/29.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Mühsame Rückkehr zur Vernunft

Zur gegenwärtigen Lage in BerlinVon Dr. Hans-Jochen Vogel
Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die Sorge in und um Berlin hat in der letzten Woche zugenommen. Schon vor der Räumungsaktion vom vergangenen Dienstag befand sich die Stadt im Zustand hoher Emotionalisierung. Einige Hundert militante Gewalttäter peinigen die Stadt seit geraumer Zeit. Sie beschädigen nicht nur Menschen und Sachen, sie beschädigen auch das Bild, das man sich draußen von Berlin macht. Und sie beschädigen die Botschaften, die große und friedliche Demonstrationen eigentlich geben wollen, etwa für den Frieden oder gegen den Mißstand des Wohnungsleerstandes. Hunderttausende fürchten deshalb um den inneren Frieden und um die innere Sicherheit der Stadt. Aber zehntausende junger Menschen zweifeln auch an der Fähigkeit der Gemeinschaft, Mißstände durch Reformen zu überwinden, und an der Fähigkeit der Mehrheit, abweichende Meinungen und Lebensformen der Minderheit zu ertragen. Die Polizei steht zwischen den Fronten, sie hat Lasten zu tragen, die ihr die Politik aufgebürdet hat, und zwar die Politik insgesamt, nicht nur die einer Partei allein.

In dieser Situation kann es für die Gemeinschaft nur zwei Prioritäten geben: Die Deeskalation, die Überwindung der Klüfte und die Isolierung und entschlossene Bekämpfung der Gewalttätigkeit. Eine vernünftige politische Führung muß alles tun, um diese Ziele zu erreichen, und alles unterlassen, was das Gegenteil bewirkt.

Gegen dieses Prinzip hat die Räumungsaktion vom vergangenen Dienstag verstoßen. Sie hat mit all ihren Folgeerscheinungen, so etwa dem - in seinem näheren Hergang noch ungeklärten - Tod eines Menschen und den Vorgängen in der Potsdamer Straße, den Graben zwischen Mehrheit und Minderheit vertieft und viele tausend junger Menschen den Gewalttätern ein Stück näher gebracht. Man muß die Gesichter dieser junger Menschen gesehen haben, Gesichter voller Skepsis, Verzweiflung, Trauer - Gesichter von jungen Menschen, die sich engagieren wollen und die sich von uns alleingelassen und zurückgestoßen fühlen. Die noch erreichbar sind! Aber nicht für Schlagworte, sondern nur für differenzierte Antworten.

Es ist richtig: In acht Häusern ist der rechtmäßige Zustand wiederhergestellt. Nachdem sie über ein Jahr leergestanden haben und über vier Monate besetzt waren, kann jetzt dort unter Polizeischutz mit den Modernisierungsarbeiten begonnen werden, und niemand bestreitet, daß dies dem Rechtsempfinden entspricht. Aber ist das den Preis wert, den die Gemeinschaft dafür zu zahlen hat? Und wie lautet eigentlich unsere Antwort auf die Frage, warum eine Gesellschaft, die das Anwachsen von fast zehntausend Leerständen jahrelang mitangesehen hat, jetzt nicht die Geduld aufbringt, sich einen Teil dieser Zeit um Lösungen für die 157 besetzten Häuser zu bemühen? Warum gerade die Räumung dieser acht Häuser notwendig war, wenn über 800 andere nach wie vor leerstehen? Ganz zu schweigen davon, daß die Räumung 40 Stunden vor der Parlamentssitzung stattfand, auf der dieses Thema auf der Tagesordnung stand.



Dies alles hätte hingenommen werden müssen, wenn der Senat nach der Rechtsordnung zur Räumung in diesem Zeitpunkt gezwungen gewesen wäre. Er war es aber nicht. Er hatte einen Spielraum. Von ihm hat er einen politisch falschen Gebrauch gemacht. Dies mußte als eine Machtdemonstration verstanden werden, als eine administrative Antwort auf eine politische Frage.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat in seinem Beschluß vom 29. April 1981 wörtlich ausgeführt: "Bei dieser Sachlage ist es nicht ermessensfehlerhaft, wenn der Senator zunächst abwartet, ob die vom Senat von Berlin beabsichtigte Gesamtlösung des Problems der Hausbesetzung zur Beendigung der rechtswidrigen Besetzung auch des Grundstücks der Antragstellerin führt." Diesen Weg einer Gesamtlösung, auf dem der vorhergehende Senat mit einem Treuhandmodell schon weit fortgeschritten war, hat der neue Senat verlassen. Auf all das hat die SPD-Fraktion mit einem Mißtrauensantrag geantwortet. Zugleich hat sie erklärt, sie werde die Anträge nicht einbringen, wenn es jetzt endlich zu dem von ihr geforderten Gespräch aller Beteiligten kommen und das Gespräch die Hoffnung begründet erscheinen lasse, daß sich die kritisierten Fehler nicht wiederholen.

Der Vorstoß war erfolgreich. Das erste Gespräch hat bereits stattgefunden. Es konnte nicht mehr sein als ein allererster Anfang des Bemühens, zur Vernunft zurückzukehren und den Teufelskreis der Eskalation zu durchbrechen. Es konnte schon deshalb nicht mehr sein, weil die Etablierten zunächst unter sich blieben. Der Landesjugendring, die Vermittler Heinrich Albertz und Vertreter der AL und der gewaltlosen Hausbesetzer sehen sich zur Teilnahme - noch nicht - imstande.

Die Sozialdemokraten haben in diesem Gespräch drei Positionen vertreten; nämlich

- der Kreis der Teilnehmer solle so breit wie möglich gezogen werden;
- eine politische Gesamtlösung müsse den Vorrang vor polizeilichen Maßnahmen erhalten und
- bis zur Ausarbeitung und Umsetzung dieser verhandlungsfähigen Gesamtlösung müsse auf weitere Räumungsaktionen verzichtet werden.

Das Ergebnis des Gesprächs stimmt weitgehend mit diesen Positionen überein. Der Senat hat unter Eindruck des Gesprächs erklärt, daß er nunmehr einstweilen auf weitere Räumungsaktionen verzichtet und alsbald ein verhandlungsfähiges Gesamtkonzept vorlegen will. Unter diesen Voraussetzungen erscheint es nicht aussichtslos, daß die Vermittler und die Repräsentanten der Gruppen für die Teilnahme an den weiteren Gesprächen gewonnen werden können, die sich zur Teilnahme am ersten Gespräch außerstande sahen. Die Sozialdemokraten haben zu diesem Zweck bereits mit Gruppen und mit Einzelpersonlichkeiten Verbindung aufgenommen.

Die Hoffnung, daß der Weg zur Vernunft aufs Neue beschritten werden kann, ist damit ein kleines Stück stärker geworden. Aber auf diesem Weg sind noch viele Widerstände zu überwinden, ist noch viel Geduld vonnöten, ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Gegen die Befürworter der einfachen Lösungen, gegen Angst und Emotion, gegen die, die auch in dieser ernstesten Situation nur an Taktik und parteipolitische Finessen denken und gegen den Druck einer noch so verständlichen Augenblicks- und Tagesstimmung. Letztes übrigens mitunter auch in der eigenen Partei. (-/29.9.1981/bgy/hgs)

+ + +



Das entfremdete Parlament

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seit zwei Jahren wird die Wohnungspolitik überall in der Bundesrepublik Deutschland lebhaft diskutiert - nur nicht im Parlament! Die neue Wohnungsnot in den Städten, die Verdrängung von Mietern, die maßlos gestiegenen Grundstücks-, Bau- und Kreditkosten, die Fehlförderung von Sozialmietern, die Ungerechtigkeiten bei der Eigentumsförderung - darüber ist in zahllosen Podiumsdiskussionen geredet worden - nur nicht im Parlament.

Die wohnungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen sind wie ein Wanderzirkus herumgezogen und haben auf Verbandstagungen, bei Akademietagungen, Universitäts-Seminaren, Fernsehrunden und Presse-Foren die wohnungspolitischen Vorstellungen ihrer Parteien dargelegt und diskutiert - nur nicht im Bundestag! Nun endlich gibt es im Bundestag eine wohnungspolitische Grundsatzdebatte. Am 1. Oktober werden die Gesetzentwürfe der Bundesregierung, des Bundesrats, der Koalitionsfraktionen und der Opposition in 1. Lesung behandelt. Doch alles ist längst gesagt, es gibt nichts Neues mehr. "Wenn ein Thema wirklich niemand mehr interessiert, wenn es geruch- und geschmacklos geworden ist, eingestanzelt in eine Mischung aus glatten, unverbindlichen Formeln zur Darstellung des eigenen Standpunktes und realitätsferner Polemik zur Charakterisierung der gegnerischen Meinung - dann kommt es ins Parlament, meist in Form einer 'großen Debatte'."

Diese Kritik Rolf Zundels wird mit unserer wohnungspolitischen Debatte einmal mehr bestätigt. Ein Parlament, das es allen möglichen anderen Institutionen überläßt, die aktuellen jahrelangen Sorgen der Bürger zu diskutieren, darf sich über seine Entfremdung von den Bürgern nicht wundern.

(-/29.9.1981/hi/hgs)

+ + +



Politik glaubwürdig machen

Zum 50. Geburtstag von Erhard Mahne

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Erhard Mahne, der am 29. September seinen 50. Geburtstag feiert, verkörpert beste sozialdemokratische Tradition: Er schafft Vertrauen. Mit Ausdauer und Glaubwürdigkeit hat er es immer verstanden, dieses Vertrauen zu pflegen und zu stärken. Glaubwürdigkeit in seiner Argumentation, Glaubwürdigkeit in seinem Handeln sind ihm Richtschnur. In mehr als zwei Jahrzehnten politischer Aktivität hat er dies unter Beweis gestellt, seine eigenen Freunde, aber auch politische Gegner haben sich hiervon überzeugen können.

Das macht ihn zu einem Partner im Gespräch. Er steht immer zur Verfügung, auf ihn ist Verlaß. Wen wundert es dann, daß auch Volker Hauff als neuer Verkehrsminister 1980 nicht auf ihn verzichten wollte, zumal er schon zwei Jahre Erfahrung in diesem Amt vorwies. Überhaupt war alles, was Erhard Mahne auf seinem politischen Weg wurde, kein Glücks- oder Zufall, es war einfach konsequent.

Häufig war er der Jüngste: Im Kreistag des ehemaligen Kreises Lemgo, im Rat seiner Heimatstadt Bad Salzflen, aber er brachte immer wieder Sachkenntnis und Einsatzbereitschaft mit, die Anerkennung blieb nicht aus. So war er, als er 1972 nach Bonn kam, vielen kein Unbekannter mehr. Der spätere - noch heute amtierende Unterbezirksvorsitzende - ging in den Verkehrsausschuß, nicht etwa, um allein Wahlkreisinteressen zu dienen, sondern aus Überzeugung und Spaß an der Verkehrspolitik

Nicht nur sein Engagement und Fachwissen, ebenso seine Menschlichkeit und sein Gespür für das Machbare führten dazu, daß ihn die Fraktion schon in seiner zweiten Wahlperiode in Bonn zum Obmann wählte. Seine Berufung zum Parlamentarischen Staatssekretär beim damaligen Verkehrsminister Kurt Gscheidle im Frühjahr 1979 war dann nur eine Frage der Zeit.

Und heute? Heute brauchen wir Erhard Mahne an seinem Platz. Und Gleiches hören wir von anderen, von Verbänden und Organisationen, denen er auch ein guter Gesprächspartner und Mittler ist. Weil Erhard Mahne sich selbst treu blieb: Glaubwürdigkeit in der Politik zu vertreten.

Wir wünschen ihm alles Gute für die weitere Zukunft.

(-/29.9.1981/bgy/hgs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Sozialistische Internationale fordert weltweite Abrüstung

Die Sozialistische Internationale erklärte zum Abschluß ihrer Bürositzung in Paris zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und des Waffenexports: (Arbeitsübersetzung).

Die Sozialistische Internationale ruft dazu auf dem gegenwärtigen Wettrüsten Einhalt zu gebieten und fordert die Wiederaufnahme des Prozesses der Abrüstung. Dies ist zwingend geboten, um die Fortführung eines sinnvollen Dialogs und der Zusammenarbeit sowohl zwischen West und Ost als auch im Weltmaßstab zu ermöglichen.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sollten den SALT-Prozeß so bald wie möglich aufnehmen. Die aus SALT I herrührenden Verpflichtungen einschließlich der Begrenzung der antibalistischen Raketensysteme sowie entsprechender Teile aus SALT II sollten von beiden Seiten respektiert werden. Nächstes Ziel der weiterführenden Gespräche sollten wesentliche Kürzungen bestehender Waffenarsenale und eine wirksame Kontrolle der qualitativen Entwicklung neuer Waffensysteme sein.

Um einen neuen Wettlauf im Bereich chemischer und biologischer Waffen zu vermeiden, ist es wichtig, ein Übereinkommen über das Verbot solcher Waffen ohne Verzug zu erzielen.

In Europa sollten das Ziel wirksame Verringerung und mögliche Eliminierung von TNF-Potentialen auf beiden Seiten sein. Die Sozialistische Internationale betrachtet die Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen den USA und der UdSSR als ermutigend; wie wiederholt von der Sozialistischen Internationale gefordert sollen Verhandlungen mit dem politischen Willen, bis 1983 erfolgreich zu sein, wieder aufgenommen werden.

Während die Sozialistische Internationale sich gleichermaßen der gegenwärtigen Stationierung und künftiger Einführung von TNF-Potentialen auf beiden Seiten in Europa widersetzt, lehnt sie die Produktion und Stationierung von Neutronenbomben ab.

Um erfolgreiche Verhandlungen mit einem konstruktiven Beginn zu erreichen, sollten beide Seiten eine Zwischenübereinkunft über qualitative und quantitative Beschränkungen auf einer Ebene in Betracht ziehen, die vorzugsweise niedriger ist als die gegenwärtige. Beide Seiten sollten keine Aktionen beginnen, in welchem Bereich auch immer, die den Ausgang der Verhandlungen gefährden könnten.



Die Artikel der Schlußakte der KSZE, einschließlich der Zusammenarbeit in humanitären Bereichen, sollten voll respektiert und angewandt werden.

Das Madrider Nachfolge-Treffen sollte im Bereich der Sicherheit sich darüber verständigen, die erste Stufe einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Gang zu setzen.

Eine der Zwecke dieser Eingangsstufe sollte darin bestehen, Maßnahmen anzustreben, die Streitkräfte, die sich in Europa gegenüberstehen, abzubauen und dadurch die Gefahr eines Krieges in Europa zu verringern.

Die SI begrüßt die fortschreitenden Bemühungen, die auf die Schaffung nuklearfreier Zonen, besonders im Pazifik und im Norden Europas, abzielen und erachtet die schon bestehende nuklearfreie Zone in Lateinamerika als ein positives Beispiel. Die SI hofft, daß in Übereinstimmung mit den schon bestehenden regionalen Beschlüssen, das Gebiet Lateinamerika und der Karibik eine Zone des Friedens werden.

Die Sozialistische Internationale bekräftigt ihre Unterstützung sozialdemokratischer Kräfte mit Regierungsverantwortung, die in einem spezifischen Kontext für Frieden und Sicherheit wirken.

Die Sozialistische Internationale bittet alle betreffenden Regierungen, dem schnell anwachsenden Waffenhandel und Waffenexport in die Dritte Welt Einhalt zu gebieten und wesentliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Probleme friedlich zu lösen, die im Hintergrund einer solchen Entwicklung stehen. Die Mittel die für Rüstungen in der Dritten Welt aufgewandt werden, werden dringend zur Stimulierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dort benötigt. (-/29.9.1981/ks/ca)

+ + +

